

Aachener Nachrichten vom 23.10.2015, S. 9

Dieses Jahr schon über 200 000 Flüchtlinge

NRW-Innenminister legt Bericht im Landtag vor. 36 Prozent kommen aus Syrien, zehn Prozent aus Albanien. Heute Flüchtlingsgipfel. **VON JOHANNES NITSCHMANN**

Düsseldorf. NRW hat in den ersten zehn Monaten dieses Jahres bereits 201 684 Asylsuchende aufgenommen. Wie NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) gestern dem Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags mitteilte, lag die Aufnahmequote damit weit über dem offiziellen Verteilerschlüssel der Bundesländer. NRW habe in den letzten Wochen in großem Umfang zusätzlich Flüchtlinge aus Bayern aufgenommen, um das grenznahe Bundesland zu entlasten. Zudem suchten immer mehr Asylbewerber selbstständig das bevölkerungsreichste Bundesland auf.

Offiziell sind NRW in diesem Jahr laut Jäger bisher 126 571 Asylsuchende zugewiesen worden. Dies entspreche einer Steigerung von 299 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. In den letzten beiden Monaten habe sich die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem

Vorjahr sogar verfünffacht. Seit September lägen die Flüchtlingszugänge pro Woche bei über 10 000 Menschen.

Mitte Oktober waren nach Angaben des Innenministeriums in den 248 Erstaufnahme-Einrichtungen des Landes insgesamt 57 621 Flüchtlinge untergebracht. Bei 222 dieser Einrichtungen handele es sich um Notunterkünfte. Die meisten Asylsuchenden kommen derzeit aus Syrien (36,2 Prozent). Daneben gehören Albanien (10,1 Prozent), Afghanistan (9,7 Prozent), Irak (8,7 Prozent) und Kosovo (4,8 Prozent) zu den wichtigsten Herkunftsländern.

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat für heute zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen. Im Vorfeld haben die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag zügige Entscheidungen der rot-grünen Landesregierung angemahnt. Die-

ser runde Tisch mit Vertretern der Kommunen, Kirchen und Hilfsorganisationen dürfe „keine reine Alibiveranstaltung“ werden, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende André Kuper.

Brandbrief: Kanzlerin ruft einen Landrat an

Nach einem Hilferuf, den 215 Bürgermeister an Kanzlerin Angela Merkel geschickt hatten, hat sich Angela Merkel bei einem gemeldet. Er habe etwa 15 Minuten mit der Bundeskanzlerin telefoniert, sagte der Landrat des Hochsauerlandkreises, Karl Schneider (CDU), gestern. „Ich habe ihr deutlich gemacht, dass das

„Wir schaffen das“ aus der Welt gehört und dass wir wirksame Regelungen erwarten, die den Zuzug begrenzen“, sagte Schneider. Zusagen habe die Kanzlerin bei dem Gespräch „auf Augenhöhe“ nicht gemacht. Aber sie habe angeboten, einen Ansprechpartner auf der Bundesebene zur Verfügung zu stellen. ► **Lokales**